

Verlag: „Sozialistischer Verlag“
Königsplatz 1, Nikolaistraße 49/50.

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. — Durch Aufträge oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Postamt.

Postfachkonto: Nr. 28885
„Sozialistischer Verlag“ in G. m. b. H., Breslau.

Angelagerungsstelle: Die Spezialkategorie 11 (Menschen) über deren Raum 0,90 Mk., anwärts 1,00 Mk. (Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familienangelegenheiten, Verträge und Verwaltungsverhältnisse) 0,50 Mk. (Kellern): Die Kellernkategorie, dreigespalten über deren Raum, hinter Text 1. — Mk.

Politische Uebersicht.

An die Proletarier aller Länder Westeuropas!

Das westeuropäische Sekretariat der III. Internationale veröffentlicht folgenden Aufruf:

Arbeiter, Arbeiterinnen! Das Räterussland der freien Arbeiter und Bauern soll erwirkt werden. Warum? Weil sein bloßes Dasein den Arbeitern aller Länder ein großes Beispiel ist. Es zeigt, daß Arbeiter aus eigener Kraft den Weg zur Freiheit gehen.

Die Heere des Kaiserthums und der Entente-Kapitalisten konnten die Rote Armee des freien Russlands nicht bezwingen. Nun haben die Entente-Kapitalisten die Heere Polens gegen die Sowjetrepublik geschickt. Die Kapitalisten aller Länder unterstützen den Feldzug durch Geld, durch Entsendung von Waffen, Heresbedarf jeder Art.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Das darf nicht sein! Folgt dem schönen Beispiel, das Euch Schwestern und Brüder in L e t e f t und anderen italienischen Städten gegeben! Faßt die nämlichen Beschüsse, die die besten englischen Gewerkschaften gefaßt und durchgeführt haben. Sallet alle Transporte an, von denen Ihr wißt oder vermutet, daß sie zur Unterstützung des polnischen Feldzuges bestimmt sind. Nicht ein Wagon mit Mordwerkzeug, mit Kleidung, Stiefeln usw. für die polnischen Truppen, mit Werkzeugmaschinen für die mit Hilfe des französischen Kapitals entstandenen polnischen Munitionsfabriken, darf die Grenzen Eures Landes überschreiten. Die Arbeitsmittel, Arbeitskräfte und Verkehrsmittel dürfen nur einem Zwecke dienen: Lebensbedarf zu erzeugen, der dem Elend der arbeitenden, darbenenden Massen fließt.

Gegen die versetzenden Kapitalisten die Macht der einzigen Proletarier.

Arbeiter, Arbeiterinnen, mit Eurem Pflichten! Ihr helft damit nicht nur Euren russischen Brüdern und Schwestern, Ihr verteidigt Eure eigenen Interessen. Ein unbezwingbares Räterussland ist ein Anterpfand für den Frieden und die Freiheit aller Völker.

Nieder mit dem Kriege gegen Räterussland!

Hoch Räterussland! Hoch die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder!

Schützt Sowjet-Russland!

In den letzten Tagen tauchten Gerüchte auf, daß „bolschewistische“ Einkäufer große Einkäufe an Heeresgut in P o m m e r e n u s w. gemacht hätten. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, handelt es sich bei diesen „bolschewistischen“ Einkäufern um Agenten der polnischen Regierung, die deutsches Heeresmaterial aufkaufen, um es in Waffen nach Polen zu verschleppen. Die Arbeiter in den Häfen und an den östlichen Grenzen, vor allem die T r a u p e n a r b e i t e r müssen mit allen Mitteln die Unterstützung der polnischen Imperialisten, die Sowjetrussland angegriffen haben, verhindern.

Die Feuerrevolten

dehnen sich allmählich über das ganze Reich aus. In mehreren Orten gab es bei den Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht T o t e und V e r w u n d e t e auf Seiten der Demonstranten. — Die U. S. P. hat im Reichstag eine Interpellation gegen die Lebensmittelpreissteigerung eingereicht.

Der Zentrumsmann Dr. Brauns

zum Reichsarbeitsminister ernannt worden.

Die Regierung

fordert im Reichsnotetat vom Reichstag die Bewilligung eines Kredites von 15 Milliarden Mark.

Die Entente fordert die Stilllegung der Munitionsfabriken.

Nach Meldungen aus Paris bereitet die Entente eine Note an Deutschland vor, in der die deutsche Regierung aufgefordert werden soll, die noch arbeitenden Munitions-, Sprengstoff- und Waffenfabriken bis zum 15. August stillzulegen. Von diesen Fabriken sollen nur zwei für den Bedarf der Reichswehr weiterarbeiten dürfen. Die Note verlangt von der deutschen Regierung gleichzeitig, daß sie für die Stilllegung der Fabriken bis zum festgesetzten Termin bestimmte Garantien übernimmt.

Der Landarbeiterstreik in Pommern.

Die „P. B. N.“ bringen eine offizielle Darstellung über den Landarbeiterstreik, worin vor allem der Preßbezugsentgegengetreten wird, die vom Pommerschen Landbund ausgeht und den Zweck hat, die agrarische Gegenrevolution zu mobilisieren.

Es wird festgestellt, daß überall dort, wo Tarifabschlüsse zustande kamen, Ruhe herrscht, daß aber im allgemeinen die Agrarier den Abschluß von Tarifverträgen sabotieren. Selbst dort, wo es zum Streik kam, verlief er ruhig, bis der Landbund provozierend eingriff und Unruhe stiftete. Der Streik dauert zum Teil noch an.

So ist es freilich überall und bei allen Unruhen, nur gibt es die Regierung selten zu. Hier, wo der Landwirtschaftsminister von den Agrariern angegriffen wird, muß sie einmal der Wahrheit die Ehre geben.

In den Armen liegen sich beide.

Der „Vorwärts“ zur Ernennung Noskes zum Oberpräsidenten von Hannover:

„So sehr wir die Versäumnisse des Genossen Noske als Reichswehrminister zu tadeln gezwungen waren, so sehr freuen wir uns, daß seiner unzweifelhaft großen Befähigung an anderer Stelle Gelegenheit gegeben wird, sich zu betätigen.“

Der Rückzug

der Polen hält ununterbrochen an. In dem früheren Kongresspolen nimmt die Ö r u n g unter der Bevölkerung von Tag zu Tag zu.

Revolutionäre Bewegung in Italien.

In der italienischen Kammer wurden die zunehmenden Unruhen in den oberitalienischen Städten besprochen. Die Sozialisten fordern: Zurückziehung der Truppen aus Valona. Die Unruhen im Lande dauern fort.

Die ungarischen Eisenbahnen

sind an ein französisches Konsortium (Finanz- und Industriekapital) verkauft worden.

Das Regierungsprogramm.

Unsere Berliner Redaktion schreibt uns:

Im Reichstag stellte sich Montag die neue Regierung vor. Der Reichskanzler Fehrenbach begann mit etwas kleinlauter Stimme, daß er über die Ursachen des Wahlausfalles nicht reden wolle. Die Hauptsache sei, das Staatsgeschiff jetzt vor Schiffbruch zu bewahren. Die Regierungsbildung habe große Schwierigkeiten verursacht; wenn trotzdem die Regierung entschlossen sei, mit voller Kraft an die Arbeit zu gehen, wie sie es in der Zuversicht, daß sie durch das Vertrauen der Volksvertretung unterstützt werde. An diese weitläufige Bemerkung schloß sich der Dank an die bisherige Regierung an. Besonders den auscheidenden Rechtssozialisten beschleunigte Herr Fehrenbach mit warmer Betonung, daß sie pflichteifrig gearbeitet haben. Man hatte das Gefühl, daß er sich mit diesem Lob die so notwendigen rechtssozialistischen Stimmen für die Minderheitsregierung sichern wollte.

In dem Regierungsprogramm übergehend, bemerkte Fehrenbach, daß das Programm, das er jetzt zu verlesen beabsichtige, lückenlose Uebereinstimmung im ganzen Kabinett gefunden habe. Zahlreich seien die Aufgaben und sie würden erschwert durch die Verhältnisse,

die eine unerträgliche Spannung zwischen Wollen und Können brächten. Im Hinblick auf die Konferenz von Spa wolle er sich zunächst mit der auswärtigen Politik befassen. Sie stehe im Zeichen des Friedensvertrages, der wie eine dunkle Wetterwolke über dem deutschen Volke liege. Die Regierung habe gleichwohl keine anderen Richtlinien als das Bestreben, die Verpflichtungen des Friedensvertrages zu erfüllen, soweit es möglich sei. Auch die Herabsetzung der Heeresstärke werde sie ehrlich und ohne Hintergedanken zu erfüllen versuchen. Es sei bisher in der Ausführung des Friedensvertrages mehr geleistet worden, als erwartet werden konnte. Die Leistungen Deutschlands würden systematisch herabgesetzt. Die neue Regierung betrachte es daher für ihre Aufgabe, dokumentarisch nachzuweisen, was bisher alles geleistet wurde. Wenn nicht alles durchgeführt werden konnte, so liegt es daran, daß die Verhältnisse härter seien als der Wille. Das schlimmste Hindernis in der Erfüllung des Friedensvertrages sei das Mißtrauen, mit dem die Ententemächte Deutschland gegenübersehen. Wer dieses Mißtrauen schüre, versündigt sich an ganz Europa. Das deutsche Volk hege keine machtpolitischen Gedanken und keine Revanchegedanken.

Die Regierung habe nur einen Gedanken: Wiederaufbau, und darin sollten alle Völker unsere Arbeitsgenossen sein. Deutschland muß wirtschaftlich und politisch wieder leistungsfähig gemacht werden. Auch in feindlichen Ländern werden Stimmen laut, die dahin gehen, daß man Deutschland Bewegungsfreiheit lassen müsse, um es wieder zum Aufbau kommen zu lassen. Deshalb setze die Regierung ihre Hoffnungen auf Spa. Im einzelnen wolle er nicht auf die Mittel eingehen, die dort den Ententemächten vorgeschlagen werden sollen. (Zwischenruf von der Unabhängigen Fraktion: „Das ist gerade die Hauptsache; nach welchen Grundsätzen soll verhandelt werden?“)

In der inneren Politik ist die größte Sorge der Regierung der Wiederaufbau. Der gemeinsame Wille der Regierung geht dahin, auf der Grundlage der republikanischen Verfassung das Reich wieder hoch zu bringen. Verfassungsrechtliche Kämpfe müssen gegenüber der Notwendigkeit des Wiederaufbaues zurücktreten. Die Regierung wolle keine Klassenpolitik. (Wächter bei der Unabhängigen Fraktion, Zuruf: „es herrscht Klassenpolitik!“) Fehrenbach fährt unbeschadet der jetzt etwas lebhafter werdenden Stimmung unter den Abgeordneten ruhig in der Vorlesung seines Programms fort, das in der Aufzählung der üblichen Phrasen über gleiches Recht aller Staatsbürger, gleiche Anwartschaft auf alle Staatsstellen, freie Bahn dem Tüchtigen usw. usw. besteht. Zum Schluß betont er noch einmal, daß die Regierung allen Kampfen entschieden entgegengetreten werde; Ruhe und Ordnung seien jetzt vor allem not. (Polizei und Soldaten.) Die Regierung appelliere an das ganze deutsche Volk, den schrecklichen Krieg innerhalb des Landes nicht fortzuführen, nachdem er an den Grenzen brenne. Jedem Appell an die Gewalt, woher er auch kommt, werde die Regierung tatkräftig entgegengetreten. — Dieser Teil der Fehrenbachschen Ausführungen wurde durch stürmische Zwischenrufe aus der Unabhängigen Fraktion unterbrochen. Fehrenbach reagierte auf keinen Zwischenruf. Er hielt sich fest an sein Manuskript und fuhr, als es ruhiger wurde, fort, vorzulesen, daß die Regierung auf dem Boden der Verfassung von Weimar ihre Politik weiter zu führen gedenke.

Und nun kam eine Aufzählung der gesetzgeberischen Absichten, die die Regierung hat. Das Verhältnis von Staat und Kirche soll geregelt werden; weitere Reformen des Beamtenrechtes werden angekündigt; die Jugend soll wieder in ein gesittetes Friedensleben zurückgeführt werden; der Not der deutschen Wissenschaft will man abhelfen. Kurz, alle Gebiete der Volkswirtschaft und Kultur sollen mit Reformen bedacht werden.

Sodann folgte ein etwas heftiger Punkt: die Stellung zum Föderalismus. Anscheinend auf Drängen der bayerischen Volkspartei und des föderalistischen Flügels der Zentrumsfraktion sind die Sätze hineingekommen, die sich gegen „Ueberspannung der Zentralisation“ wenden. Den Bundesstaaten soll die Freiheit der Entwicklung gewährt werden. Jedenfalls werde die neue Regierung sich jeder Ueberspannung der Zentralisation widersetzen. Sie erblickt ihre Aufgabe in dem Bemühen, mit den Landesregierungen engere Fühlung zu halten. Diese Ausführungen wurden von der Rechten mit Beifall aufgenommen.

Nach einigen Bemerkungen über die Abstimmungen in Oberösterreich und Ostpreußen, von der Fehrenbach einen Sieg der deutschen Gesinnung erhofft, kam er auf die Reichswehr zu sprechen. Die Kluft zwischen Volk und Heer müsse verschwinden. Der Gesetzentwurf über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit liege bereits dem Reichstag vor. (Lebhafte Zwischenrufe der Unabhängigen Fraktion unterbrachen hierbei wieder die Vorlesung des Kanzlers.) Fehrenbach hielt sich auch jetzt nicht damit auf, sondern ging zur Schilderung der Finanzlage über. Die Hälfte des Sachvermögens des deutschen Volkes sei durch den Krieg verfallen (Zuruf von den Unabhängigen: „Durch Eure Schuld, das hätte Ihr Euch vor dem Kriege überlegen sollen!“), trotzdem wolle alles vom Reiche zehren. Die Kosten des Krieges seien durch die Flut der Anforderungen ins Ungeheuerliche gestiegen. Das stehe nun auch in Wechselwirkung mit dem Stand der Reichsfinanzen. Die schwebende Schuld vergrößere sich täglich und die Papiergeldzunahme sei kein Zeichen des Wohlstandes. Es müsse alles aufgegeben werden, um das Reich vor dem Bankrott zu bewahren. (Zuruf: „Der Bankrott ist längst da!“) Eine der Hauptaufgaben der Regierung sei deshalb die Sanierung der Finanzen. Dazu bedürfe es aber des Pflichtbewußtseins des ganzen deutschen Volkes. In allen Ländern hätten die Steuern

eine bisher nie dagewesene Höhe erreicht, in Deutschland aber seien die Steuern naturgemäß am höchsten. Wenn die Steuereinnahmen planmäßig erfolgten, nehme das Reich 24 Milliarden an Steuern ein, davon seien allerdings 3 Milliarden einmalige Abgaben, und trotz dieser ungeheuren Steuererhöhung würden die Schulden noch wachsen. Man sei also noch nicht zu Ende mit der Finanzreformarbeit und schon tue sich ein neuer Abgrund auf bei den eigenen Betrieben des Reiches. Die Post habe ein Defizit von einer Milliarde, die Eisenbahn ein solches von 15 Milliarden Markt. Es müßten Mittel gesucht werden, auch diesen Zustand zu ändern. Angeht's die Finanzlage sei es ein Verbrechen, wenn Steuerabgabe getrieben werde und versucht werde, die Steuern zu hinterziehen. Die Regierung werde auf schärfste jede Aufforderung zur Steuerabgabe verfolgen. Selbst die schwersten Steuern seien leichter zu tragen als der Bankrott.

Die Hauptsache in wirtschaftlicher Beziehung sei jetzt die Wiederherstellung der Gütererzeugung. Es sei das Wort gesprochen worden, man müsse Waren oder Menschen exportieren. Menschen wolle die Regierung nicht exportieren, also müsse sie alle Kräfte an das Ziel setzen, die Gütererzeugung zu heben. Wollte man aber reichlicher produzieren, müsse das Volk bessere Ernährung haben. Im Krieg sei die schlechte Ernährung vorübergehend noch zu ertragen gewesen, im Frieden sei sie unerträglich. (Zuruf von unabh. Seite: „Sagen Sie das doch noch rechts hinüber.“) Die Ernährungslage sei besorgniserregend, schon seien Märschen ausgebrochen, denen nur abzuwehren sei durch vermehrte Zufuhren aus dem Ausland. Die Lebensmittelversorgung aus dem Inland war unzureichend, die Fleischlieferung mußte auch fast ausschließlich auf das Ausland eingestellt werden, nur Kartoffeln kommen in der letzten Zeit mehr zur Ablieferung. (Zurufe von links: „Nachdem sie verkauft sind!“)

Die bessere Versorgung des Volkes soll Hand in Hand gehen mit einer Lockerung der Zwangswirtschaft (stürmische Zurufe von der unabh. Fraktion). Es handle sich um planmäßigen Abbau, aber dort, wo der freie Handel eine bessere Versorgung ermöglicht, werde der Abbau mit Beschleunigung durchgeführt. Großes Gewicht müsse gelegt werden auf die Förderung der Landwirtschaft. (Zurufe von unabh. Seite: „Wo bleibt die Sozialisierung?“) Fehrenbach: „Sind Sie ungeduldig.“ Fehrenbach fuhr dann fort mit der Schilderung der Wirtschaftslage im Bergbau, der Rast- und Elektrizitätsbewirtschaftung und bemerkte, die Regierung sei der Auffassung, daß die Unproduktion Angelegenheit der ganzen Volksgemeinschaft sei. In diesem Sinne werde die Sozialisierung auch jetzt weiter fortgesetzt. (Zurufe: Nummer.) Die Regierung lege Wert auf eine gesunde Gliederung des Wirtschaftsorganismus. Auch den Gewerkschaften soll großer Spielraum gewährt werden. Im freien Spiel der Kräfte wären die Wirtschaftsfragen heute nicht zu lösen. (Zurufe von unabh. Seite: „Und dabei wollen Sie Aufhebung der Zwangswirtschaft!“)

Endlich kündigte Fehrenbach an, daß an dem Ausbau der Betriebsräte und des Reichswirtschaftsrates weiter gearbeitet werden soll, daß demnächst Vorlagen kommen über Bezugsarbeiterräte und einen Reichsarbeiterrat, daß die Sozialreform fortgesetzt werde. Gehe über den Ausbau der Versicherungsanstalten, die Reform der Invaliden- und Unfallversicherungen seien bereits in Vorbereitung. Auch eine Vorlage über Arbeitslosenversicherung befände sich bereits

beim Reichsrat, endlich lege die Regierung großen Wert auf die Förderung des Siedlungs- und Heimstättenwesens. Die ausgewiesenen Deutschen aus den ehemaligen deutschen Gebieten, die Kolonial- und Auslandsdeutschen sollen entschädigt werden, aber auch die Schiffstreiber sollen Entschädigungen erhalten für die beschlagnahmten Schiffe.

Mit erhobener Stimme erklärte dann Fehrenbach zum Schluß, die Regierung habe den ehrlichen Willen, nicht gegen, sondern mit den Arbeitern zu regieren. Sie hoffe zuversichtlich, daß sich kein Stand der Mitarbeit entgegen werde, sie sei eine bürgerliche Regierung, aber nicht durch ihren Willen; der freiwillige Verzicht der Rechtssozialisten lege ihnen nun auch die Verpflichtung auf, die Regierung, die eine Regierung der Versöhnung und des Ausgleichs sein wolle, zu unterstützen. Die Regierung sei der Auffassung, nötiger als eine starke Faust wäre die ehrlich dargebotene Rechte, in die alle Wohlmeinenden einschlagen sollten. Er, Fehrenbach, stehe an seiner Stelle nur als Opfer seiner Auffassung von väterländischer Pflicht. Er würde sein Amt gern in die Hände eines andern legen, der berufener sei, das Amt als Reichskanzler zu übernehmen. Mit der Aufforderung zu gemeinsamer Arbeit für das Reich schloß er seine Rede über das Regierungsprogramm.

Trotzdem Fehrenbach die letzten Sätze mehr improvisierte und, wie das seine Art ist, mit jüdischem, auf des Gefühl der Zuhörer berechneten, Pathos hinausgeschleudert hatte, blieb der Beifall schwach. Eigentlich kam er nur aus den Reihen des Zentrums.

In den Montag- und Mittwochstunden des Reichstages hielten die Parteiführer ihre programmatischen Reden. Von der U. S. P. sprach Ledebour. Wir bringen einen Auszug aus seiner Rede in der Sonnabend-Nummer.

Aus der Internationale.

Das Ungarn des Nationalen und Christen Hejjas.

Nach den letzten Nachrichten aus Ungarn ist der berühmteste Menschenjäger und Schlächter Oberleutnant Hejjas der eigentliche Herr in Ungarn. Er verfügt über eine Mannschaft von 20000 Bewaffneten und ist der Schrecken des Landes. Was für eine durch und durch verkommene Verbrechennatur dieser Christ und Nationale Hejjas ist, beweist ein Kapitel aus dem amtlichen Bericht, den die englische Delegation gab, die im Mai dieses Jahres Ungarn bereiste:

13. Joli Hamburger. Wir haben diese Dame zweimal verhört, alles in allem mehrere Stunden. Ihr Mann war ein Flüchtling in Wien, der Bruder ihres Mannes ein bekannter Kommunist und ehemaliger Volkskommissar, ebenfalls in Wien. Der Mann schickte seiner Frau in Budapest durch einen jungen Barischen namens Bades einen Brief. Der Brief handelte von Familienangelegenheiten. Auch der Kommissar sendete einen Brief durch den gleichen Boten an eine andere Person. In diesem Briefe, den man aus Paris, drückte er die Hoffnung aus, daß es ihnen allen möglich sein werde, im Sommer nach Ungarn zurückzufahren. Der Boten wurde durch des Militär abgefangen und es gelang uns später nicht, eine Spur von ihm zu finden. Einer der Offiziere brachte Frau Hamburger am Morgen des 21. Jänner diesen Brief, indem er vorgegab, selbst der Boten zu sein. Er

bat sie, zu einer späteren Stunde ihre Freunde zu versammeln, so daß er ihnen genaue Einzelheiten darüber mitteilen könne, wie man aus Budapest entkommen könne. Sie erfüllte diesen Wunsch und vier Männer — ihr Bruder, ihr Schwager, Neumann, ein Jude und noch ein Ungar — waren anwesend. Einer war der Generalsekretär der Eisenbahngewerkschaft. Der Offizier kam zur festgesetzten Stunde und führte sie in die Kelenfelder Kaserne ab. Die beiden kleinen Kinder der Frau Hamburger lagen schwer krank an Influenza.

Zu Kelenfeld sperrte man sie alle in ein Zimmer, am Abend jedoch wurde Frau Hamburger in ein anderes Zimmer gebracht, wo viele Offiziere waren, unter ihnen die Leutnants Hejjas, Bibo und Sefeski. Sie kennt ihre Namen, da Leutnant Hejjas ihr mitteilte, daß er wünsche, sie solle wissen, daß sie in den Händen des Leutnants Hejjas sei. Er fragte sie, ob sie wisse, was Leutnant Hejjas wäre und fügte hinzu: „Sie sollte ihn kennen lernen“. Bibo und Sefeski wurden ihr später gezeigt, als sie sich im Kasernegefängnis befand. Drei der Offiziere, die Hejjas bei sich hatten, prügelten Frau Hamburger stark und befahlen ihr, sich zu entkleiden. Sie weigerte sich, worauf sie wieder und wieder gepeitscht wurde, bis sie endlich nachgab und sich entkleidete. Als sie nackt war, wurde sie wieder geschlagen: dann wurde ein Befehl gegeben, daß man einen der vier Gefangenen herausbringen sollte, doch es sollte kein Verwandter der Frau Hamburger sein. Man brachte Bela Neumann. Er wurde ihm befohlen, Frau Hamburger zu vergewaltigen. Sie weigerte sich mit Berufung darauf, daß er ein alter Freund von Herex und Frau Hamburger sei. Sie schlugen ihn erbarmungslos, doch er weigerte sich noch immer. Da nahmen zwei Offiziere, deren Namen unbekannt sind, doch die aus Temesvar kamen, Zangen und rissen Neumann die Zähne aus. Er wurde ohnmächtig und sie bespögen ihn mit Wasser. Als er zu sich kam, wurde er gezwungen, sein eigenes Blut aufzulecken. Frau Hamburger wurde zwei- oder dreimal ohnmächtig, doch wurde sie jedesmal durch kalte Wassergüsse zum Bewußtsein gebracht. Sie sagt, die Offiziere wären nicht betrunken gewesen. Endlich wurde Neumann vor den Augen der Frau Hamburger mit einem Taschenmesser kastriert und dann weggetragen. Dann holte man einen anderen Mann herauf (nicht einen der drei Freunde). Sie entkleideten ihn und Frau Hamburger bemerkte, daß er mißhandelt und eines seiner Geschlechtsorgane auf irgend eine Art zermalmt worden war. Auch ihm wurde befohlen, sie zu vergewaltigen. Er war physisch unfähig, es zu tun, aber die Offiziere zwangen ihn, Versuche zu machen. Dazu befohlen sie Frau Hamburger, sich nackt auf den heißen Ofen zu setzen, aber sie schaute so herzzerreißend, daß sie nicht darauf bestand. Sie hatte sich gerade von ihrer monatlichen Menstruation noch nicht ganz erholt. Trotzdem kramten die Offiziere aus Temesvar gewaltsam ihre Beine auseinander und der eine, der Neumann kastriert hatte, führte den Griff seiner Peitsche in den Körper ein und drehte ihn so, daß sie noch immer an häufigen Blutungen leidet.

Daraußin wurde ihr befohlen, sich anzukleiden und man brachte sie zu den anderen dreien zurück. Etwa eine Stunde später führte man sie in einen anderen Raum, wo sich die Offiziere und eine große Anzahl von Soldaten befanden. Von dieser Menge wurde sie wieder gepeitscht und gezwungen, sich zu entkleiden. Während die Soldaten sangen, wurde sie unter Peitschenschlägen gezwungen, abwechselnd mit Soldaten zu tanzen. Keiner der Soldaten benahm sich ihr

M. Lenin.

Werden die Bolschewiki siegen?

Uebersetzt von Senapp.

Vorwort des Uebersetzers.

Die nachstehende, in Deutschland noch unbekannt Arbeit des großen Führers der proletarischen Revolution ist in vielen Beziehungen lehrreich und wichtig für die deutschen Arbeiter. Sie ist Anfang Oktober 1917, fünf Wochen vor der siegreichen russischen Novemberrevolution, erschienen und stellt in erster Linie eine Kritik der „Halb-Bolschewiki“, des linken Flügels der russischen Sozialdemokraten (Penschewski — Internationalsisten) dar. Darüber hinaus wird Lenins Auseinandersetzung mit den „Mittel-Bolschewiki“, die sowohl die Notwendigkeit der sozialen Revolution, als auch die Notwendigkeit der Abkehr des Proletariats von der reinen Erhaltung, aber praktisch in die nebelhafte Ferne verschieben, zu einer meinheitshaften Aufklärung der politischen und sozialen Zustände Russlands in den Septembertagen 1917. Auf Grund der objektiven, echt marxistischen Einschätzung dieser Zustände gelangt Lenin zu dem Ergebnis, daß der Vortrupp des revolutionären Proletariats, die bolschewistische Partei, die damals, nebenbei bemerkt, nur 240 000 Mitglieder, aber einen immer mehr wachsenden Einfluß in den Sowjets (Räte) hatte, wohl imstande sei, die ganze Staatsmacht auf der Grundlage des Räte systems zu übernehmen und auch dauernd zu behaupten. Lenin hat mit seiner genialen Prognose, wie sie die 24-jährige Geschichte der Kämpfe und Siege Sowjet-Russlands der kommenden Welt bewiesen hat, Recht behalten. Mit dem ihm eigenen Scharfsinn deutet Lenin die theoretische Philosophie der Argumente einer Arbeiterpartei auf, die zwischen Reformismus und revolutionär-sozialistischer Richtung hin und her schwankt. Er verurteilt diese sozialistische Richtung, die gern an der Spitze der Revolution marschieren möchte, ohne sich von den kleinbürgerlich-demokratischen Parteien zu trennen. Eine Richtung, die die Selbstheit und Selbstständigkeit der Arbeiter einer „sozialistischen“ Kerenski-Regierung einräumt, den Sankt Petersburg sozialistischer Arbeiter Koalitionspolitik konstatieren, was und doch von der Bourgeoisie bereit eingestrichelt ist, daß sie an einem revolutionären Weg mit der allgegenwärtigen demokratischen parlamentarischen Auffassung nicht zu denken wagt und die weltgeschichtliche Bedeutung der Sowjets vollkommen übersehen. Diese parlamentarische Richtung, die damals in der von Lenin Sorki gegründeten „Moskwa Schin“ ihr Organ hatte, und durch ihre zaghafte, die revolutionäre Arbeiterschaft entmenscheidende Politik zur Bewirrung in den Reihen des revolutionären Proletariats des Sozialismus kämpfenden Proletariats führte, ist auch dem deutschen revolutionären Proletariat nicht unbekannt. Der Leser wird, unter Berücksichtigung der heutigen deutschen Verhältnisse, die treffenden, an die Adresse der russischen Halb-Kommunisten gerichteten Worte auch auf gewisse deutsche Arbeiterführer anzuwenden wissen. Die heutige vorrevolutionäre Situation in Deutschland hat eine unübersehbare Ähnlichkeit mit jener in Russland vom

Herbst 1917. Wie dort, hat auch hier der Klassenkampf eine außerordentliche Schärfe und Heftigkeit erreicht. Die soziale und politische Differenzierung hat einen solchen Grad erlangt, daß es nur zwei Pole gibt, die im öffentlichen Leben allein noch Anziehungskraft besitzen: Sozialismus und Anti-Sozialismus. In dieser großen Auseinandersetzung sind die Zwischen- und Mittelparteien und deren Kompromiß-Lösungen zu wachsender Bedeutungslosigkeit verurteilt. Darum ist es doppelt bedauerlich, wenn innerhalb des zur Macht strebenden Proletariats Auffassungen laut werden, die immer noch die „Mittel“ zwischen Reformismus und sozialrevolutionärer Partei suchen und dem offenen Kampf nach Möglichkeit ausweichen. In der Periode der schärfsten Klassenkämpfe ist ein solcher „goldener Mittelweg“ objektiv unmöglich und führt nur zur Verwirrung über die Ziele und Wege der sozialen Revolution. Die Haltung, die der rechte Flügel der U. S. P. einnimmt, ist dadurch gekennzeichnet, daß er unter revolutionärer Floskel immer wieder reformistischen Inhalt einschmuggelt und aus jenseit durch seine Treuegelenk mit der bürgerlichen „Demokratie“ die Partei diskreditiert.

In übrigen verweisen wir auf die Ausführungen des Genossen Lenin, der die schüchternen und flüchtigen Scheinmittel in der vorliegenden Arbeit ebenso glänzend widerlegt, wie Rosa Luxemburg vor 22 Jahren Edward Bernstein und den Revisionismus in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution“ geschlagen hat.

Was sind für alle Richtungen von der Arbeiter bis zu den Halb-Bolschewiki einzig? Darin, daß die Bolschewiki allein entweder niemals wagen werden, die Staatsmacht in ihre Hände zu nehmen oder, falls sie es dennoch wagen sollten, nicht imstande sein werden, sie auch nur die kürzeste Zeit hindurch zu behaupten. Wenn jemand bemerken sollte, daß die Frage der Eroberung der Staatsmacht durch die bolschewistische Partei eine ganz normale Frage sei, daß nur die alte Selbstüberhebung irgend eines Fanatikers daran glauben lassen, so werden wir diese Meinung widerlegen, indem wir die Worte der verantwortlichen und einflussreichen politischen Parteien der verschiedensten Farben wiedergeben. Aber zunächst ein paar Worte über die erste der beiden Fragen, nämlich ob die Bolschewiki es wagen würden, die ganze Staatsmacht allein zu übernehmen. Ich hatte schon auf dem allrussischen Rückzugskongress Gelegenheit gehabt, diese Frage zu befragen, und zwar in einer Bemerkung, die ich dem sozialistischen Minister Peretelli während einer seiner Reden machte. Ich habe auch wieder in der Presse nach in verschiedenen jenseit von Paris geschehen die Meinung geäußert, daß es nicht ratsam wäre, die Staatsmacht ganz allein in die Hände zu nehmen. Ich habe auch wiederholt auf dem Staatsrat, daß eine politische Partei, und insbesondere eine Partei der vorwärtsgehenden Klasse keine Erprobungsbechtigung

hätte, in jeder Hinsicht eine elende Null sein müßte, wenn sie der Macht entsagen würde in einer Situation, wo es möglich erscheint, die Macht zu erhalten. Seien wir die uns interessierenden Ausführungen der Rabetten, Sozialrevolutionäre und der Halb-Bolschewiki (ich würde lieber sagen: Viertel-Bolschewiki) genauer an.

Leitartikel in der Zeitung „Njetsch“ vom 16. September 1917:

„... Mißklang und Durcheinander herrschten im Saale des alexandrinischen Theaters, und die sozialistische Presse spiegelt daselbe Bild wider. Durch Genauigkeit und Geradlinigkeit zeichnet sich nur die Ansicht der Bolschewiki aus. In der „Demokratischen Konferenz“ ist sie die Ansicht einer Minderheit, in den A- und S-Räten eine immer stärker werdende Richtung. Aber ungeachtet des Wortes und der prahlischen Phrasen sind die Bolschewiki nur in Worten tapfer. Die „ganze Macht“ an sich zu reißen, würden sie aus eigenem Antrieb gar nicht versuchen. Desorganisatoren und Vernichter „par excellence“, sind sie im wesentlichen Feiglinge, die in der Tiefe ihres Herzens ebenso ihre innerliche Unwissenheit wie die Vergänglichkeit ihrer Erfolge einsehen. Ebenso gut wie wir alle wissen sie, daß der erste Tag ihres endgültigen Sieges auch der erste Tag ihres ungesägten Falles sein würde. Unverantwortlich der Natur nach, Anarchisten in ihren Methoden und Handgriffen, sind sie denkbar, nur als eine der Richtungen des politischen Gedankens. Das beste Mittel, uns für lange Jahre vom Bolschewismus zu befreien, wäre, seinen Führern die Geheime des Landes anzuvertrauen. Und wenn nicht das Bewußtsein der Ungläubigkeit und Schädlichkeit solcher Experimente wäre, könnte man aus Verzweiflung dieses heldenhafte Mittel riskieren. Zum Glück, wiederholen wir, denken diese traurigen Geistes des Tages selber nicht daran, die ganze Fülle der Macht zu erobern. Aufeinander Arbeit sind sie unter keinen Umständen fähig. Auf diese Weise beschränkt sich ihre ganze Bestimmtheit und Geradlinigkeit auf die Sphäre der Versammlung-Erübne. Praktisch braucht man deren Stellung in keiner Weise zu berücksichtigen. Uebrigens, in einer Beziehung hat sie eine gewisse reale Folge: sie vereint alle übrigen Schattierungen des „sozialistischen Gedankens“ in negativem Verhältnis zu ihnen.“ (Fort folgt)

*) Eine Art von Parlament, das Kerenski an Stelle der immer wieder verschobenen Konstituante setzte.

Gegen die Wohnungsnot und für die Sozialisierung.

An die deutschen Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände sehen mit großer Besorgnis das ständige Wachsen der Wohnungsnot. Hunderttausende von Familien sind entweder ganz ohne Wohnung oder müssen sich mit elenden Behelfswohnungen begnügen. In Frankfurt a. M. sind über 30 000, in Berlin über 40 000 Wohnungssuchende vorhanden, für die keine Wohnungen zu beschaffen sind. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Orten.

Die Ueberfüllung der Wohnungen und damit die Gefahr der schwersten gesundheitlichen und sittlichen Schädigung großer Bevölkerungsteile nimmt ständig zu. Nach Schätzungen von Sachverständigen fehlen in Deutschland zurzeit

rund eine Million Wohnungen.

Diese Wohnungen müssen gebaut werden, wenn alle unsere Volksgenossen in einigermaßen menschenwürdigen Behausungen untergebracht werden sollen. Sie können aber nicht gebaut werden, weil infolge des Wuchers mit Baustoffen aller Art die Baukosten zu wahnsinniger Höhe emporgeklüftet sind und weil die Mittel zum Wohnungsbau fehlen.

In den letzten Jahren haben die Regierungen und Parlamente versucht, die Wohnungsbautätigkeit durch Gewährung von Baukostenzuschüssen in Gang zu bringen. Die Mittel, die für diese Zwecke aufgebracht worden sind, waren vollständig unzureichend. Zur Beseitigung der Wohnungsnot wären Hunderte von Milliarden nötig. Zur Aufbringung dieser Summen haben die Regierungen und Parlamente bis jetzt nicht das Nötige getan. Es besteht die Gefahr, daß die Wohnungsbautätigkeit in absehbarer Zeit ganz eingestellt werden muß, wenn nicht durch das Eingreifen der Volksgemeinschaft die nötigen Mittel zum Bau neuer Wohnungen beschafft werden. Der Rückgang der Bautätigkeit hätte

für die deutschen Bauarbeiter eine nie gekannte Massenarbeitslosigkeit

und eine gewaltige Steigerung des Elends zur Folge, dem auch die Organisation der Bauarbeiter nicht mehr steuern könnte. Auf der andern Seite führte die Einkühlung oder die weitere Einschränkung der Bautätigkeit zu einer

massiven Vergrößerung der Wohnungsnot

und zu einer so gewaltigen Steigerung der Mieten, wie sich das wohl heute nur wenige träumen lassen. Den Nutzen davon hätten die Hausbesitzer und Grundbesitzer, deren Eigentum gewaltig im Werte stiege. Den Schaden aber hätte das gesamte übrige Volk.

Diesen Gefahren gilt es entgegenzuwirken.

Es gilt, das Gewissen der Öffentlichkeit wachzurufen und den Regierungen und Parlamenten den Ernst der Lage mit aller Eindringlichkeit und Deutlichkeit vor Augen zu führen.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände, einschließlich des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, halten es für notwendig, daß die gesamte deutsche Bauarbeiterschaft ihre Wünsche an die Regierungen und Parlamente in einer einheitlichen, machtvollen Demonstration zum Ausdruck bringt. Sie rufen deshalb die deutschen Bauarbeiter auf,

am 1. Juli Massenversammlungen in ganz Deutschland

abzuhalten, um dort ihre Forderungen an die Regierungen und Parlamente zu erheben.

Über die Förderung der Bautätigkeit und die Beseitigung der Wohnungsnot geht nicht nur die Bauarbeiterschaft an. Auch die Mieter, Siedler, Schrebergärtner, die Mitglieder der Baugenossenschaften, Heimstättenvereine usw. sind an dem Vorhandensein genügend guter, billiger und gesunder Wohnungen und somit an der Förderung der Wohnungsbautätigkeit interessiert. Sie müssen deshalb ihre Forderungen mit der deutschen Bauarbeiterschaft gemeinsam erheben.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände.

In Breslau findet die Versammlung heute abend 8 Uhr im Konzerthaus statt.

gegenüber roh. Der Tanz dauerte etwa eine Stunde und dann wurde ihr gestattet, sich wieder anzukleiden.

Sie blieb bis zum 19. April im Gefängnis. Auf ihrem Abgangszettel, den wir gesehen haben, wird Frau Hamburger „hellschweifischer Umtriebe“ beschuldigt.

Frau Hamburger ist eine stille, bescheidene und allgemein hochgeachtete Frau und alle, die sie kannten, teilten uns mit, daß ihr moralischer Charakter über jedem Zweifel stehe. Nie wurde eine Anklage gegen sie erhoben und es gab nicht einmal den Schein einer Untersuchung. Sie war von Militärpersonen verschleppt, auf insame Art gefoltert und endlich von den Zivilbehörden freigelassen worden.

Proletariat!

Das ist nur ein Fall aus der Verbrecherprologie des Christen und Nationalen Hejjas. Und wißt ihr, wie die deutschen Hejjas heißen? Ehrhardt, Epp und all die anderen nationalen und christlichen Offiziere und Studenten. Prägt euch die Schwendstuden der ungarischen Palkuten ein und dann denkt an eure Pflicht: Dieser barbarischen Welt ein Ende zu machen durch die siegreiche soziale Revolution.

Protest der Sowjetukraine.

Aus Moskau ist in Berlin folgender Funkpruch von Katowski, dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetukraine, eingegangen:

Die Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine erhielt die Nachricht, daß Agenten von Petljura und der vom polnischen Generalstab geschaffenen fiktiven Petljuraregierung versuchen, sich die Bankdepots der ukrainischen Regierung anzueignen, welche in der Reichsbank und anderen finanziellen Institutionen sich befinden. Mit Gegenwärtigem teilt die Arbeiter- und Bauernregierung als Bestätigung ihres Telegramms vom März vergangenen Jahres der deutschen Regierung mit, daß sie alle genannten Summen mit Beschlag belegt und gegen etwaige Auszahlungen, außer an Bevollmächtigte der ukrainischen Sowjetregierung, entschieden protestiert und sich das Recht vorbehält, gegen diejenigen Institutionen und Banken gerichtliche Vorzugehen, welche eigenmächtig über das Eigentum des ukrainischen Volkes verfügen würden.

Republik Deutschland

Unsere Reichstagsabgeordneten.

Durch direkte Wahl wurden gewählt: Luise Zieg, Emil Eichlers, Georg Lebehour, Arthur Crispian, Dr. Moses, Adolf Hoffmann, Heinrich Matzahn, Fritz Zubeil, Ernst Dänmwig, Dr. Löwenstein, Anna Kemitz, Dr. Breitscheid, Paul Brühl, Frida Wulff, Wilhelm Staab, Franz Kogler, Ewald Voglherr, August Horn, Alwin Brandes, Wilhelm Dittmann, Fritz Kunert, Wilhelm Koenen, Bernhard Düwel, Gustav Raute, Marie Bachwitz, Wilhelm Bod, Heinrich Mehrhoff, Dr. Rosenfeld, Mathilde Warm, Emil Hölllein, Hermann Reich, Alfred Heule, Karl Eckardt, Karl Aberholz, August Karsten, Josef Ernst, Konrad Ludwig, Heinrich Teuber, Walter Dettlinghaus, Robert Dismann, Toni Sender, Georg Beckmann, Ph. Frieß, Lore Agnes, Otto Braß, Hermann Merckel, Julius Hofmann, P. Sauerbrei, Walter Sünder, H. Unterleitner, Theodor Penzelin, Josef Simon, Hans Seibel, Hermann Fleißner, Joh. an Schirmer, Paul Rittau, Fritz Geier, Fritz Seger, Richard Lipinski, Karl Rhyfel, Hermann Jäckel, Bernhard Ruffert, Hermann Kemmele, Adolf Zed.

Auch Listenverbindung wurden gewählt: Marie Karisch, Dr. Herzfeld, Adolf Abrecht, Wilhelm Barz, Heinrich Piper, Fritz Soltmann, Friedrich Buchta, Adolf Schwarz.

Die Summe der auf die Reichsliste übertragenen Reststimmen beträgt 455317. Demnach sind von der Reichsliste 7 Kandidaten gewählt. Von den auf der Reichsliste verzeichneten Genossinnen und Genossen sind auch in den Wahlkreisen gewählt: Toni Sender, Dr. Herzfeld, Friedrich Buchta, Dr. Moses, Frida Wulff, Paul Sauerbrei und Julius Hofmann. Demnach gelangen durch die Reststimmen in den Reichstag die Genossen Lorenz Dreunig, Dr. Herz, Dr. Kurt Geier, Hans Mittwoch, Georg Watzel, Arno Bruchhardt und Hans Plettner.

Was man wissen muß.

1. Laut „Latwijas Sargas“ beträgt die Schadenersatzforderung Lettlands an Deutschland wegen der Baltikumexpedition 293 Millionen Rubel!

2. Dr. 17 der „Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung“ enthält einen Artikel des Staatssekretärs Birch. Drei Sätze darin: „Also mit 30 Milliarden Schatzscheinen im Zustand ungefähr nochmals denselben Betrag ausmachen, ist außer Frage; wahrscheinlich sind sie höher. Wir haben also eine ganz enorme Flucht des Kapitals ins Ausland erlebt.“

3. „Nur Arbeit kann uns retten“ schreit der Bürger, wenn er gut verdient. „Der Betrieb muß wegen Unschwierigkeiten geschlossen werden“, schreit der Bürger, wenn er schlecht verdient. Und der Prolet läßt sich alles gefallen.

„Die Gewerkschaften werden unseren Kampf führen“, schreit der Prolet vor dem Kampf. „Die Bonzen haben uns verraten“, schreit der Prolet nach dem Kampf. Und läßt sich alles gefallen.

Zahl der Arbeitslosen.

Nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums beträgt die Gesamtzahl der Erwerbslosen am 1. Juni nicht weniger als 61541 weibliche und 208200 männliche Personen, so daß an etwa 270000 Arbeitslose mit 252623 Angehörigen Unterstützung gezahlt wird. Zu dieser großen Zahl arbeitswilliger Menschen, die mit den kleinen Beträgen der Unterstützung nicht im entferntesten ihren notwendigen Unterhalt zu bestreiten vermögen, kommen die zahllosen Arbeiter, die infolge der Betriebs Einschränkungen nur 24 oder 30 Stunden pro Woche arbeiten und natürlich mit dem verringerten Lohn auch nicht leben können. Es gibt keine dringendere Aufgabe als die Lösung dieser Probleme unseres Arbeitsmarktes. Von ihr hängt die Existenz von Millionen unserer Volksgenossen ab. Dazu kommt aber, daß die Güternot nicht mit Erwerbslosenunterstützung beseitigt werden kann, vielmehr einzig und allein durch die schärfste Anspannung aller Kräfte. Da die kapitalistische Wirtschaft offensichtlich nicht im Stande ist, dieser Aufgabe gerecht zu werden, muß die Arbeiterchaft alles versuchen, um die Lösung in gemeinwirtschaftlicher Form zu erzwingen.

Kapitalistische Wirtschaft.

Reichsbank-Ausweis.

Der zum 15. Juni abgeschlossene Ausweis der Reichsbank zeigt seit langer Zeit zum ersten Mal eine Verringerung des Notenumlaufs um insgesamt 62 Millionen Mark. Gegenüber den ständigen Vermehrungen der letzten Zeit fällt diese verhältnismäßig kleine Summe zwar nicht sehr in Betracht,

Deutsche Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner! Die Beseitigung der Wohnungsnot ist nur mit Hilfe umfassender Sozialisierungsmassnahmen zu erwarten. Solange der Kapitalismus beim Volke im Rücken sitzt, solange Wucherer und Schieber das Volk ausplündern und durch ihr Treiben der Arbeiterschaft die Last zur Arbeit nehmen, kommt das deutsche Volk nicht aus dem Elend heraus. Laßt uns deshalb zusammenstehen im Kampf gegen die Schieber und Wucherer im Baugewerbe! Laßt uns den Kampf gegen die Selbstsucht aufnehmen und laut und deutlich die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bau- und Wohnungswesens fordern.

Im einzelnen haben wir folgende Forderungen zu stellen:

1. Rücksichtslose Erfassung des verfügbaren Wohnraumes unter Mitwirkung der wohnungslosen Mieter.
2. Beseitigung des privatrechtlichen Wohnungswuchers durch Ueberführung des Besitzrechtes der Mietshäuser in die gemeinwirtschaftliche Hand von Heimstätten und Heimstättenverbänden.
3. Schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers. Verbot des Abbruches von Baustoffbetrieben. Ausbau des Beschlagnahmerechtes an Baustoffen aller Art.
4. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie und weitestgehende Unterstützung der von der deutschen Bauarbeiterschaft eingeleiteten Sozialisierung der Baubetriebe.
5. Ueberführung des Besitzrechtes am Boden in die öffentliche Hand. Belastung des Bodens mit der Grundpflicht intensiven Anbaues zur Hebung unserer Lebensmittel-erzeugung.
6. Tatkräftige Unterstützung der bestehenden gemeinnützigen Siedlungsvereine mit Land, Baustoffen und Kapital zur Förderung von Heimstätten mit Gärten.
7. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Laubengärten und sonstigen Kleingärten für landlose Wohnungen.

aber es ist jedenfalls erfreulich, daß wieder einmal ein Abfluß erfolgen konnte, anstatt der ununterbrochenen Neuausgabe. Die gesamte Position der Reichsbank hat sich nicht wesentlich geändert, eine nicht sehr bedeutende Belastung von etwa 1400 Millionen ist zwar auf dem Konto „Wechsel, Schecks und diskontierte Reichsschatanweisungen“ zu verzeichnen, dafür hat sich aber die Summe der fremden Gelder auf Konto „täglich fällige Verbindlichkeiten“ um über 1560 Millionen Mark erhöht. Der Metallbestand, der um 231 000 Mark abgenommen hat, beträgt zur Zeit fast 1/10 Milliarden Goldmark, nach dem augenblicklichen Stande der Valuta demnach etwa 9—10 Milliarden Papiermark.

Unbeachtetes Papiergeld.

Man hat sich in der Öffentlichkeit daran gewöhnt, bei der Feststellung des Papiergeld-Umlaufes allein die Zahlen der Reichsbankausweise zu beachten. Tatsächlich sind aber neben Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheinen auch noch Schecks der 4 letzten bundesstaatlichen Notenbanken (Sächsische Bank, Bayerische Notenbank, Badische Bank, Württembergische Notenbank) in größeren Mengen im Umlauf. Der Wert dieser Banknoten betrug nach den Ausweisen vom 7. Juni 78,8 (sächsische), 101,4 (bayerische), 33 (badische) und 32,9 (würtembergische), zusammen 246 Millionen Mark.

Aus der Provinz.

Landeshut.

Eine überfüllte öffentliche Volksversammlung fand am 25. Juni im Kaiserfaal mit den Themen: „Warum tritt die U. S. P. in keine bürgerliche Koalitionsregierung ein?“ und „Der Steuerabzug“ statt. Ueber den ersten Punkt sprach Genosse Scholz. In klarer, überzeugender Weise brachte er zum Ausdruck, daß der ablehnende Standpunkt des Zentralkomitees der allein richtige ist. Gegner meldeten sich in der Diskussion nicht zum Wort. Ueber den Steuerabzug referierte Arbeitersekretär Genosse Müller. An Hand des Gesetzes zeigte er den reaktionären

Durch den Tod von

Bernhard Schottlaender

haben wir einen schweren Verlust erlitten.

Schon als Schüler gehörte er der uns nahestehenden Jugendbewegung an, die er durch Gründung des Sprechsaales der Breslauer Jugend förderte. Als er sich später der politischen Bewegung zuwandte, war uns seine scharfe Kritik ein wertvoller Ansporn in unserer Arbeit.

**Bund für
Freie Schulgemeinden
Ortsgruppe Breslau.**

Geist der Gesetzgeber gegenüber der Arbeiterschaft. Die vorgetragenen rechnerischen Beispiele der krassen Belastung und ungerechten Mehreinzahlung von Steuern bei den mit vielen Kindern gesegneten Familien lösten helle Empörung aus. Wegen der inzwischen eingetretenen Polizeistunde mußte von einer Debatte Abstand genommen werden.

Soziales.

Breslau, den 1. Juli.

Die Trauerdemonstration des Breslauer Proletariats für Bernhard Schottlaender.

Vergangenen Montag hat ein großer Teil des Breslauer Proletariats, und zwar der beste, ehrlichste, aktivste, dem im März von Mörderhand umgebrachten Bernhard Schottlaender die letzte Ehre erwiesen und gegen die Mordbuben (die frei herumlaufen) und das System, dem sie dienen, machtvoll demonstriert. Trotz der Sabotage der S. P. D., die schnell ihren Beschluß in der letzten Stadtverordnetenversammlung auf Arbeitsruhe in den städtischen Betrieben am Beerdigungstage aufhob und trotz der Sabotage des Magistrats selbst, der den städtischen Arbeitern und Angestellten direkt verbot, die Arbeit niederzulegen und sich an der Demonstration zu beteiligen, waren viele tausende Proletarier dem Ruf des Ortsrats der U. S. P. und des Volksgenossen der politischen Arbeiterräte gefolgt, hatten am Vormittag die Arbeit niedergelegt und sammelten sich ab 12 1/2 Uhr auf dem Palaisplatz. Gegen 1/3 Uhr setzte sich die Spitze des Zuges in Bewegung. Voran schritten die Fahnen- und Kranzdeputationen der radikalsten Parteien und der Betriebe und dann folgten in langer Reihe die Klassenbewußten Breslauer Proletarier. Die Ordnung des Zuges, in dem Transparente getragen wurden, die auf die Zustände in Deutschland Bezug nahmen, war musterhaft. Der Verkehr ruhte auf allen Straßen, die der Zug berührte. Am Hotel Monopol, dem Generalkommando vorbei, schritten die Demonstranten die Kaiser-Wilhelmstraße entlang bis zum Haus Kaiser-Wilhelmplatz 4, der Wohnung der Familie Schottlaender. Hier nahm der Zug in Reihen Aufstellung; die Fahnen- und Kranzträger voran. Vom Balkon des Hauses aus sprach dann Genosse Gert. Er charakterisierte die Persönlichkeit des Ermordeten und ermahnte die Versammelten, die entblöhten Hauptes zuhörten, nicht zu raffen, bis das große Ziel des Sozialismus erreicht sei. Die Mörder der Proletariatführer aber werden vom Volk zur Rechenschaft gezogen werden. Hierauf zogen die Demonstranten zum Friedhof Lohestraße. In Reihen defilierten sie am Grabe des Ermordeten vorbei; der Gesangsverein „Vorwärts“ ließ einige Lieder erklingen; die Kränze, von denen viele außerordentlich schön waren, wurden aufs Grab gelegt. Anschließend daran fand auf der Lohestraße an der Rückseite des Friedhofes in der Nähe des Grabes von Ferdinand Kasalle eine Trauer-Demonstrationsversammlung statt. Es sprachen die Genossen Lubinski (für die U. S. P. D. Breslau und Schlesiens und für die Schlesiens Arbeiterzeitung), Runit (für den Volksgenossen), Sichtenstein (für die

obererschlesischen Arbeiter), Jirsch (für die R. M. D.), Sindermann (für die Poale Zion) und Niebeling. Sie wiesen auf die hervorragenden Eigenschaften des Toten hin, der ein Lehrer und Führer des Proletariats war und erklärte, daß die beste Ehrung darin bestehe, in seinem Geiste, den er nie verleugnete und deswegen er ermordet wurde, weiterzustreben und zu handeln. Das Vermächtnis Bernhard Schottlaenders, der ein ebenso aufrechter Mensch, wie ein überzeugungsstreuer Jude war, lautet: Weiterführung der sozialen Revolution bis zum Siege, damit eine Gesellschaft der Sittlichkeit, des reinen Glücks erstehen. Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer im Demonstrationszuge zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal, wo wiederum Ansprachen gehalten wurden; ein kleiner Teil marschierte dann weiter über den Ring zur Universität, wo nochmals gesprochen wurde, bis der Zug durch Sicherheitswehr der Auflösung verfiel. — Die Proletarier, die an der Demonstration teilnahmen, haben dadurch bekundet, daß sie gewillt sind, den Ideen, die Bernhard Schottlaender gepredigt hat, zum Siege zu verhelfen.

Beileidskundgebungen zum Tode Schottlaenders gingen in der Redaktion der Arbeiter-Zeitung noch ein vom Zentralkomitee der Poale Zion, Berlin, von der U. S. P. Kogonau, von der Kreiszeitung Hoyerwerda der U. S. P. und von der U. S. P. Köln.

Unerhört.

In der Montag-Ausgabe der bürgerlichen Presse war folgende Notiz zu lesen:

In den Anlagen des Schiefwenderplatzes wurde in der Nacht zu Sonntag gegen 1 Uhr ein Fleischer vor der Frankfurter Straße von vier Männern angefallen, die von ihm unter Bedrohung mit dem Revolver Uhr und Geld verlangten. Da er nichts davon begeben wollte, ließen sie ihn gehen, nachdem er ihnen Zigaretten gespendet hatte.

Der Ueberfallene meldete den Vorfall bei der Obertor-Sicherheitswache, die sofort eine Streife ausjandte. Die vier Männer wurden auf einer Bank in den Anlagen angetroffen. Sie warfen den heranretenden Beamten Sand in die Augen und ergriffen die Flucht unter Abgabe von Schüssen. Da machte auch einer der Beamten von der Schutzwache Gebrauch und traf einen der Verbrecher in die Brust, so daß er sofort zusammenbrach. Ein zweiter erhielt einen Schuß in den Fuß und schleifte sich bis zur Unfallstation auf der Elbingerstraße. Die beiden Verletzten wurden festgenommen und in ein Krankenhaus eingeliefert. Die beiden anderen Verbrecher konnten leider entfliehen.

Dazu teilt uns einer der vier „Verbrecher“ namens Müller, Matthiasstraße 155, mit, daß sich in diesem Falle die Sicherheitspolizei eine Tat geleistet hat, die geradezu unerhört ist. Die vier Männer saßen zwar auf einer Bank in der bezeichneten Gegend, hatten aber niemals einen Fleischer oder sonstwen angefallen, noch dachten sie daran, der plötzlich vor ihnen auftauchenden Sicherheitswache Sand in die Augen zu streuen und ein Feuer auf sie zu eröffnen. Die Männer saßen ahnungslos und völlig friedlich auf der Bank, als sie plötzlich im Scheine von Blendlaternen standen und beschossen wurden. Ohne ein Wort zu sagen, ohne zu fragen, was die Leute hier tun, wer sie seien usw., fingen die „Grünen“ zu feuern an. Die Männer sprangen selbstverständlich auf und versuchten zu entfliehen. Die Beamten schossen nun hinter ihnen her

mit dem Gesage, daß einer einen Dankschuß und ein anderer einen Beinschuß erhielt. Der Mann, der den Brustschuß erhielt, soll bereits verstorben sein. — Wir fordern, daß die ganze Angelegenheit sofort gründlich untersucht wird. Wenn die Sicherheitspolizei tatsächlich so unverantwortlich gehandelt hat, wie uns Herr Müller angibt, so sind die Schiefgeschellen selbstverständlich wegen fahrlässiger Körperverletzung (ev. mit tödlichem Ausgang) zu bestrafen. Das war ja noch schön, daß irgend eine Person, die angeßt, überfallen worden zu sein, die Sicherheitswehr alarmiert, die dann ohne sich irgendwie zu überzeugen, auf friedliche Menschen ein Feuer eröffnet. Ist denn das Menschenleben gar nichts mehr wert? Auch sonst gehen uns über das Verhalten der Gränzhändler (oft Kriegsverletzte) abgesehen.

Die Millionenfirma Dorndorf

hat ihrem gesamten Personal per 2. Juli gekündigt. Es handelt sich um circa 900 Personen. Von diesen werden aber 600 unverzüglich wieder eingestellt, allerdings unter verschlechterten Arbeitsbedingungen. Die Millionenfirma erreicht durch diese Maßnahme eine bedeutende Herabsetzung der sonst zu zahlenden Lohnsummen. Die 600 Arbeiter müssen soviel leisten wie früher die 900, ohne einen Pfennig mehr als bisher zu erhalten. Kapitalistische Methodik! Die Herren Dorndorf aber führen ihr Grandseigneur-Leben weiter. Daß die Arbeiter nun stärker ausgebeutet werden, sieht sie nicht im geringsten an. — Frage: Hat der Betriebsrat in dieser Sache seine Pflicht voll und ganz erfüllt?

Der Holzarbeiterstreik

der wochenlang andauerte, ist jetzt beendet worden. Die streitenden Parteien haben eine Uebereinkunft getroffen. Die Arbeit wurde am Mittwoch wieder aufgenommen.

Die Inspektion der städtischen Friedhöfe als Kritikus.

Ein Genosse schreibt uns: „Ich bestellte für meine verstorbene Frau einen Denkstein. Da ich keinen Sinn für steife, gradlinige habe und mir ein geprengter (gehauener), weil natürlicher, besser gefällt, wählte ich einen solchen in durchaus gefälliger Form. (Text mit Bronzebuchstaben.) Die Genehmigung zur Aufstellung ist mir jedoch von der Friedhofinspektion verweigert worden. Ich muß eine solche Maßnahme als Eingriff in die freie Willkürbestimmung des Publikums um so strenger zurückweisen, als sie auch pietätlos ist. — Auch wir müssen dieses Benehmen der Inspektion aufs schärfste rügen und erbitten Bescheid, ob sie gedankt, in dieser Weise fortzufahren, oder ob es sich nur um einen bedauerlichen Einzelfall handelt.“

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Inserate Fritz Ubrich; Druck: Buchdruckerei Pöfel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Singspiel des Berliner
Reperage-Theaters
Das höhere Leben.
Tobler-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
1. Singspiel Maria Mayer
Scheiterhaufen.
Chalia-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Spiel des Solmes.
Schauspielhaus.
Operettenbühne. 21. St. 2545
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von Aken
Schauspiel nachm. 8 1/2 Uhr:
Der Fackelbinder.

Viktoriam-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
„Heirate deine Frau“

Figaro-Theater
Bischofsstraße 4/5
Parade. Ohle 1769.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Clara Frühlich mit
Gustav Ehrlich
Oper: **Frühling**
Schauspiel: **Clara Frühlich**
Charakter: **Klein**
Mary Probst
Wassermann
Schauspiel
von Walter W. Götz

Achtung! Wo?
Sucht man noch nach gutem
Theater? Sucht man gute
Schauspieler? Sucht man
eine interessante Vorstellung?
Bei **H. Kluge**,
Mühlstraße 1, 1. Etg.

Walhalla-Theater
Am Wachtplatz.
Gudrun Houlberg
Carlo Wieth
1. u. 2. nordisch-kunstwerk
Gaukelspiel
des Glücks
Ein packendes Schauspiel aus
dem Leben eines jungen Ehe
paars, die sich nicht verstehen.
Der Schrecken von
Mottenburg
Urkomisches
nordisches Lustspiel
Erstklassige Rezitation.

Union-Theater
Graupensirasse 6.
Ria Jede — Brass Lutzer
Der Weltmeister
Spannend, Liebenswürdig eines
Hochschüler und einer Gräfin.
Albert kriegt
seine doch!!!
Reizendes Liebesdrama.
Erstklassige Rezitation.

Charlotten Böhm
in dem großen Schauspiel
Sumphanne
in 4 Acten
Das schönste und stärkste
Abenteuer des
Joe Deeb
Abenteurer
in 4 Acten
in 4 Acten
in 4 Acten

Franken Tannentritt
Lustspiel, 3 Acte.
Gummibären
Schauspiel, 3 Acte.
Schauspiel, 3 Acte.
Schauspiel, 3 Acte.
Schauspiel, 3 Acte.

H. Kluge,
Mühlstraße 1, 1. Etg.
2. Raum von 1000.

LIEBICH-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel des Neuen
Operetten-Theaters
Berlin
„Die Dame
vom Zirkus“
Operette von
Kraus und Bachhader,
Musik von Winterberg.

Zeltgarten
Dir. Hans Krsinsik
im herrl. Garten.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Ab 16. 6. 20.
vollständig
neues
Programm!

Kranke
Krankheiten, Haut- und Ge
schlechtskrankheiten behandelt
mit Erfolg. Viele freiwillige
Anerkennungen von ausge
heilten Patienten.
Heilkundler Fr. Joschke,
Palmerstr. 22, II. Etg. (Ohle 1769).
9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

Altmetalle
kauft und zahlt
höchsten Preis
Otto, Schleierstr. 8.
Trotz meinem Leiden, welches ich mir in
dem Völkermord erholte habe, fühle ich mich
genötigt, mein Handwerk als Schweißmacher wieder
zu betreiben und bitte ich die geehrten Genossen
und Gesinnungsgenossen mich unterstützen zu
wollen.
Richard Walter
Schweißmacher
Korrespondent der Schlesischen Arbeiter-Zeitung.

Herrn-Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen
Hofers preiswert

Julius Ollendorff & Co.
Breslau
Albrechtstrasse 14.

Schöne helle
Schlafzimmer
bestehend:
1 Schrank, 1 Waschtisch
samt mit Platte
und Spiegel, 2 Bettstellen
mit Patentauflegematten und
Rippen, 2 Nachtschritte
mit Platte
Max Giesel
Brüderstr. 23.

Uhren kauft od. repariert
Felix, Paradeplatz 6

Tabarett
Kakadu
Nikolaistr. 65/68. Dir.: K. Wengrzik.
Wochentags: Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt.: Anf. 6 Uhr.
Das glänzende Juni-Programm.

Gesellschaft für einfache Wohnungs-Einrichtungen
der Stadt Breslau m. b. H.
Einfache Möbel
nach künstlerischen Entwürfen zu zeitgemäß billigen Preisen gegen bar
= oder erleichterte Zahlungsweise =
Albrechtstrasse Nr. 39
Eingang Albüßerstr., I. Stock

Herren-Anzüge nach Mass
Sacco-Anzüge von 450.— M. an
Gestricelte Hosen „ 150.— „
Wettermäntel (Loden) „ 260.— „
Gute Verarbeitung. — Kein Papierfutter.
E. Heinze vorm. Max Scholz
BRESLAU
Goldene Rade-gasse 7 (Nähe Ring u. Karlsplatz)
Telefon: Amt Ohle 1699.

Freitag, den 2. Juli, abends 7 Uhr
Vollversammlung
der Arbeiter- und Betriebsräte
bei **Bräuer, Gabitzstraße.**
Schlüsselgeschehen Pflicht.
Der Volksgenoss.
Distrikt 7a
hat erst am 8. Juli Distriktsabend
nicht am 1. Juli.

Achtung!
Presse-Kommission
Freitag, den 2. Juli 1920, abends 7 Uhr
Wichtige Sitzung
im Parteilokal, Nikolaistraße 49/50.
Achtung!
Ortsgruppenführer.
Betr. Beschluß der Kreisleitung vom 24. Jm
werden hiermit sämtliche Ortsgruppenführer des Stadt-
und Landkreises Breslau dringend ersucht,
Sonnabend, den 4. Juli 1920, vorm. 9 Uhr
im Parteilokal, Nikolaistr. 49/50, zur
Kreis-Konferenz
zu erscheinen. Die Kreisleitung
S. A. Donner.

Distrikt 3a
Donnerstag, den 1. Juli, 7 1/2 Uhr
Außerordentl. Distriktsversammlung
Kleischlastr. 16. Referent anwesend.
Distrikt 3a.
Wichtiger Distriktsabend
Kleischlastr. bis zur Kohlenstraße.
Genossen bringen familiäre Frauen mit.
Referent Genosse Ziegler.
Donnerstag, den 1. Juli 1920
Kleischlastr. 16 bei Konietzky.

Distrikte 4 und 14.
Sonntag, den 4. Juli 1920 findet ein
gemeinschaftlicher Ausflug
nach **Leipe-Petersdorf** statt.
Treffpunkt: Straßenbahnhaltestelle **Oswiger Friedhof**
10 Uhr vormittags.
Die Distriktsführer

Distrikt 6.
Heute Donnerstag, den 1. Juli 1920
pünktlich abends 7 1/2 Uhr
Distriktsversammlung.
Ref.: Gen. Gruschwitz und Damelang.
Alles muß erscheinen!

Distrikt 9a.
Mitgliederversammlung
Freitag, den 2. Juli, abends 7 Uhr
bei **Nitschke**, Berliner Str. 37.
Neuwahl eines Distriktsführers.
Berbt Abonnenten
für die „Schl.“ Arbeiter-Zeitung